

Mindener Tageblatt

seit 1941 mit

Minden-Lübbecke Kreisblatt
Telefon 88 20 FS 09 - 7 831

Bote an der Weser

Verlagshaus J. C. C. Bruns
Postfach 2140 4950 Minden

Nr. 281 / Donnerstag, 4. Dezember 1980

Unabhängige, überparteiliche Mindener Zeitung · Gegründet 1856 von J. C. C. Bruns

124. Jahrgang Einzelpreis 70 Pf (Sbd. 1 — DM)

Polen erwartet keine Intervention

ZK rechnete mit Gierek ab

Ex-Ministerpräsident Jaroszewicz hat Strafverfahren zu erwarten

Warschau (dpa). Nach bewegten Diskussionen hat das polnische Zentralkomitee in der Nacht zum gestrigen Mittwoch vier Mitglieder aus dem Politbüro entlassen und zwei neue aufgenommen. Es sind der Vorsitzende der Obersten Kontrollkammer und Sicherheitsexperte Mieczyslaw Moczar und der ZK-Sekretär Tadeusz Grabski. Beide gelten als Verfechter einer eher härteren Linie. Aus den veröffentlichten Diskussionsbeiträgen waren keine Anzeichen von Nervosität über von westlichen Agenturen gemeldete militärische Aktivitäten an den Grenzen Polens zu erkennen. Parteichef Stanislaw Kania und mehrere Redner äußerten, man verstehe die Besorgnis, mit der die Bruderparteien die Entwicklung in Polen verfolgen. Kania hatte in seinem Einführungsreferat der Sowjetunion ausdrücklich für ihr Vertrauen gedankt.



Edward Gierek

Das neue Politbüromitglied Moczar erklärte, nur die Polen selbst können „ihre Krankheit wirksam heilen“. Auch in der polnischen Bevölkerung hält man eine gewaltsame Intervention in der gegenwärtigen Situation für wenig wahrscheinlich. Das Zentralkomitee schloß den früheren Parteichef Edward Gierek aus und kündigte ferner eine Untersuchung gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Piotr Jaroszewicz an. Ihm droht der Ausschluss aus der Partei und eventuell ein Strafverfahren wegen

Amtsmissbrauchs. Für Ende März oder Anfang April wurde ein außerordentlicher Parteitag einberufen.

Die personellen Änderungen im Politbüro sind weniger weitgehend als in manchen Kreisen erwartet worden war. Außer Moczar und Grabski rückte der Danziger Parteichef Tadeusz Fiszbach als stellvertretendes Politbüromitglied auf. Er hatte sich in Danzig von Anfang an für Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern eingesetzt und gilt von seiten der Partei als einer der wichtigsten Initiatoren der Vereinbarungen von Danzig.

Dem ehemaligen Parteichef Gierek, der zum Pleum (Fortsetzung auf Seite 2)

Drohung hoher polnischer Offiziere

New York (dpa/UPI). Hohe polnische Offiziere sollen damit gedroht haben, zu den Waffen zu greifen, falls DDR-Truppen in Polen einmarschieren, denn sie müssen dies als eine Kriegshandlung betrachten: Die US-Fernsehgesellschaft ABC berichtete aus Warschau, 60 Generale und 200 andere Offiziere hätten diese Warnung schriftlich an das Zentralkomitee der Vereinigten Arbeiterpartei gerichtet.



3:1-Sieg im ersten Qualifikationsspiel zur WM

Sofia (dpa). Die deutsche Fußball-Nationalelf gewann ihr erstes Qualifikationsspiel zur Teilnahme an der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien gestern in Sofia gegen Bulgarien 3:1 (2:0). Die Tore erzielten Kaltz (2) und Rummenigge sowie Ionchev. Hier kommt der Hamburger Abwehrspieler mit einem verwandelten Strafstoß zu seinem zweiten Treffer. Torhüter Christov, der zuvor Rummenigge (links) in aussichtsreicher Position zu Fall gebracht und damit den Elfmeter verschuldet hatte, war machtlos. — Nächster Qualifikationsgegner der Derwall-Schützlinge ist Albanien am 1. April 1981 in Tirana. dpa/UPI-Bildfunk

Autofahrer geteilter Meinung über die Bonner Steuerpläne

Bochum (dpa). Die Meinung der Autofahrer über die beabsichtigten Pläne der Bundesregierung, die Kfz-Steuer abzuschaffen und dafür die Mineralölsteuer zu erhöhen, bleibt gespalten. Wie die größte deutsche Treibstoffgesellschaft Aral in Bochum mitteilte, hat eine von ihr vorgenommene Umfrage unter 2000 ausgewählten Kraftfahrern ergeben, daß 38 Proz. dieser Pläne für vorteilhaft oder nachteilig einstufen; 24 Proz. der Befragten wollten oder konnten sich kein Urteil bilden.

Den Autofahrern sind zumeist auch die Wirkungen dieser Steuerpläne bewußt: Von den Kraftfahrern, die jährlich weniger als 15 000 km fahren, begründeten 55 Proz. ihre Zustimmung zu den Plänen der Regierung mit „persönlichen Vorteilen“. Fast ebenso hoch war aber auch der Anteil der Kraftfahrer, die Nachteile von der Steuerumwälzung befürchteten, weil sie jährlich mehr als 15 000 km fahren.

Vergibt VW Export-Produktion nach Japan?

Zusammenarbeit mit Nissan und Renault nimmt feste Gestalt an

Tokio/Wolfsburg/Paris (dpa). Die Volkswagen-Gruppe und Japans zweitgrößter Hersteller Nissan/Datsun haben offenbar eine umfassende Zusammenarbeit in der Pkw-Produktion vor. Wie der Chef des japanischen Unternehmens, Takashi Ishihara in Tokio mitteilte, ist geplant, daß VW/Audi-NSU einen Teil seiner für den japanischen Markt und für andere Exportländer bestimmten Autos frühestens ab Sommer 1982 in einem der Nissan-Werke fertigt, voraussichtlich den VW-„Passat“ und die Audi-Serie.

Das Volkswagenwerk seinerseits teilte mit, daß mit Nissan vereinbart worden sei, „Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Automobilsektor zu untersuchen“. Ziel dieser Zusammenarbeit sei es, zu prüfen, „welche Voraussetzungen für die Fertigung eines Automobils des VW-Konzerns in Japan bestehen“.

Nach den Angaben Ishiharas kam die Übereinkunft

auf Anregung von VW-Experten bei einer Begegnung im Rahmen des ersten westeuropäisch-japanischen „Auto-Gipfels“ zustande, zu der VW-Chef Toni Schmücker nach Tokio gekommen war. Vor Juni '81 allerdings sind konkrete Beschlüsse nicht zu erwarten.

Eine geplante Zusammenarbeit zwischen VW und Renault im Sektor Automatikgetriebe hat in der französischen Automobilindustrie Hoffnungen auf eine weitergehende Kooperation der europäischen Automobilhersteller in der Zukunft geweckt.

Wie es in Kreisen der französischen Automobilindustrie heißt, könnte die Grundsatzentscheidung der beiden Hersteller zum Bau eines neuartigen Spar-Getriebes der Startschuß für eine Reihe weiterer gemeinsamer Projekte sein.

Ehepaar aus der DDR gelang die Flucht

Lübeck (dpa). Ein Schiffingenieur aus Rostock und seine Ehefrau sind in die Bundesrepublik geflohen. Die beiden sprangen bereits am Montag, wie erst gestern mitgeteilt wurde, von Bord eines im Lübecker Hafen liegenden DDR-Küstenmotorschiffes.

Lambsdorff sagt Neuauflage der „Konzertierten Aktion“ ab

Bonn (dpa). Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat das für Montag nächster Woche als Neuauflage der „Konzertierten Aktion“ vorgesehene Gespräch mit führenden Vertretern der Wirtschaftsverbände und den Gewerkschaften abgesagt, nachdem zuvor der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seine Nichtteilnahme erklärt hatte.

Attentatsversuch auf EG-Kommissar

Brüssel (dpa). Auf den britischen EG-Kommissar Christopher Tugendhat ist am Mittwoch in Brüssel ein Attentatsversuch verübt worden, bei dem der konservative Politiker jedoch unverletzt blieb. Von einem Auto aus wurden zwei Schüsse auf den für Haushaltsfragen zuständigen EG-Kommissar abgegeben, der auf dem Weg zur Arbeit gerade sein Haus verließ. Über das Motiv des Anschlags wurde noch nichts bekannt.

Elizabeth II. zu Truppenbesuch in Lemgo

Gütersloh (dpa). Großbritanniens Königin Elizabeth II. ist gestern Abend auf dem Flughafen der britischen Luftwaffe in Gütersloh gelandet. Sie will heute ein Regiment der Rheinarmee in Lemgo besuchen, deren Ehrenoberst sie ist. Dabei wird sie sich auch in das Goldene Buch der lippsichen Hansestadt eintragen.

1981 rund 16,5 Mrd. weniger Steuereinnahmen

Die neueste Einschätzung ergab: Erst ab 1982 höheres Bruttosozialprodukt

Bonn (dpa). Bund, Länder und Gemeinden werden 1981 infolge der im vorigen Jahr beschlossenen Steuerentkungen und der Wirtschaftsflaute rund 16,5 Mrd. DM weniger Steuern einnehmen. Insgesamt werden Steuereinnahmen von 374,9 Mrd. DM erwartet.

Zu diesem Ergebnis kam am Mittwoch der Arbeitskreis Steuerschätzungen, dem Experten des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der Bundesbank, des Sta-

tistischen Bundesamtes und einiger Forschungsinstitute angehören.

Für 1980 korrigierte der Arbeitskreis wegen des schwächeren Wirtschaftswachstums die Steuereinnahmen um 3,1 Mrd. DM auf 364,7 Mrd. DM nach unten. Von den Mindereinnahmen entfallen 1981 auf den Bund 7,9, auf die Länder 7,4 und auf die Gemeinden 0,9 Mrd. DM. Der Bundesfinanzminister hat dies bereits für seine Etatplanungen unterstellt.

Bei seiner neuen Schätzung ist der Arbeitskreis von einem Anstieg des Bruttosozialprodukts 1980 um nominal noch 6,8 Proz. ausgegangen; für 1981 rechnet er mit einem Plus von nur noch 4,6 Prozent. In den nächsten drei Jahren soll das Sozialprodukt allerdings nominal wieder um jeweils 7,5 Prozent steigen.

DDR führt 1981 doch die Sommerzeit ein

Regierungsbeschuß vom Oktober in Ost-Berlin wieder geändert

Berlin/Bonn (dpa). Die DDR wird im kommenden Jahr doch wieder die Sommerzeit einführen. Dies bestätigte am gestrigen Nachmittag ein Sprecher des Verkehrsministeriums in Ost-Berlin gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. In einer ersten Stellungnahme begrüßte in Bonn ein Sprecher der Bundesregierung die Entscheidung als „eine gute Sache“. Ende Oktober war zunächst eine Entscheidung der DDR-Regierung bekanntgegeben worden, 1981 auf eine Sommerzeit zu verzichten.

Zur Begründung des Nein war auf negative wissenschaftliche Gutachten verwiesen worden; außerdem hätte das „Experiment“ in diesem Jahre für die DDR-Energiewirtschaft und andere Wirt-

schaftsbereiche keine Vorteile gebracht, sondern auf einigen Gebieten nur zusätzliche Kosten verursacht.

Der Sprecher des DDR-Verkehrsministeriums sagte dazu, diese Gründe bestünden weiterhin fort. Die dennoch positive Entscheidung sei „aus anderen Erwägungen getroffen worden“. Erläuterungen dazu gab der Sprecher nicht. Immerhin werden die meisten europäischen Staaten wieder die 1980er-Regelung einführen.

Insbesondere in West-Berlin wird aufgeatmet, denn nun werden Schwierigkeiten ausbleiben, die sich dort — etwa im Verkehrsbereich — bei unterschiedlichen Zeiten ergeben hätten.

Bundesregierung glaubt weiter an Aufschwung

Lambsdorff: Durchaus gute Chancen / Es bleibt bei 4,0 Proz. Haushaltssteigerung

Bonn (dpa). Früher als sonst hat die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung am Mittwoch die voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung diskutiert und erste offizielle gesamtwirtschaftliche Eckwerte für 1981 festgelegt. Die endgültige Zielprojektion wird das Wirtschaftskabinett am 27. Januar beraten.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff faßte die Regierungseinschätzung vor der Presse so zusammen: „Es wird sicher 1981 nicht einfach werden.“ Es bestehe „kein Grund zu übertriebener Hoffnung“ es

sei aber auch nicht mit einem schweren Konjunkturrückgang wie nach der Ölkrise 1974/75 zu rechnen.

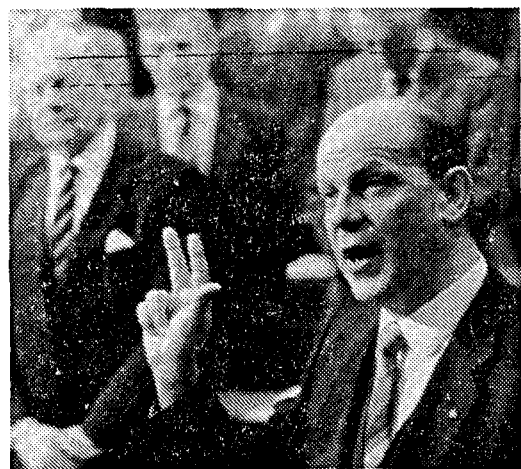
Ebenso wie der Sachverständigenrat und die Forschungsinstitute sieht die Bundesregierung nach den Worten des Ministers „durchaus Chancen, daß im Verlauf des kommenden Jahres die Wachstums- und Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen“.

Trotz der seit Monaten anhaltenden konjunkturellen Talfahrt will Bonn bei der knappen Steigerung des Haushalts um ungefähr 4,0 Prozent bleiben. „Neue Konjunkturprogramme wird es nicht geben“, sagte Lambsdorff. Die Forderungen der den Gewerkschaften nahestehenden 50 sog. „Alternativprofessoren“ (siehe Seite 19) nach einer aktiveren Beschäftigungspolitik des Staates bezeichnete er als „Rohrkrepierer oder Schuß in den Ofen“. Das Kabinett sei sich mit der Bundesbank darin einig, daß solche Programme „Zinsen und Inflationsrate zum Nachteil der Arbeitsplätze nach oben treiben würden“.

Unter der Voraussetzung, daß die Tarifabschlüsse „gesamtwirtschaftlich verantwortlich“ ausfallen, die Ölversorgung zu tragbaren Preisen gesichert bleibt und vor allem die Rezession in den USA bald überwunden wird, hält die Bundesregierung folgende Wirtschaftsentwicklung 1981 für möglich:

Wachstum: 0,5 Proz. (1980: 2,0), Preise: 4,0 Proz. (1980: 5,5), Arbeitslose: 1,1 Millionen (1980: knapp 900 000), Bruttolöhne: 4,0 Proz. (1980: 7,5), Gewinne: 3,0 Prozent (1980: 3,5).

Zu einer ähnlichen Einschätzung waren zuvor auch die „fünf Weisen“ und die Wirtschaftsforschungs-Institute gekommen.



Als Nachfolger des Ende Oktober aus dem Landeskabinett ausgeschiedenen früheren niedersächsischen Finanzministers Walther Leisler Kiep, der in den Bundestag überwechselte, ist gestern im Landtag von Hannover der Dipl.-Landwirt Dr. Burkhard Ritz (CDU) — unser Bild zeigt ihn bei der Vereidigung — in sein Amt eingesetzt worden. dpa-Bildfunk